

Herausgeber:

**DKP Deutsche  
Kommunistische Partei  
im Essener Norden**

Verantw.: I. Thoma, Hoff-  
nungsstr. 18, 45127 Essen

www.dkp-essen-bezirkV.de  
www.dkp-essen-bezirkVI.de

Druck: Eigendruck

# Zeitaufnahme

## für den Essener Norden

Nr. 1/ 36. Jahrgang

Zeitung der DKP für die Stadtbezirke V und VI

Juni 2009

**Wirtschaftskrise: Die Verursacher bekommen Rettungsschirme...**

## Die Bevölkerung lässt man im Regen stehen!

**Kaum eine Woche vergeht ohne erneute Rettungspakete für Banken und Konzerne. Die Frage ist schon erlaubt: Wer und was wird hier eigentlich gerettet?**

Die Banken bekommen eine Hilfe nach der anderen: den 480 Milliarden-Rettungsschirm, 100 Milliarden Hilfe für die bankrotte HypoRealEstate und jetzt ihr vollständiger Aufkauf, weitere hunderte Milliarden für „Bad Banks“, wo die Banken auf Staatskosten ihre wertlosen Papiere abladen können.

All diese Hilfen sind angeblich nötig, damit die Banken wieder Kredite vergeben und die Wirtschaft ankurbeln. Doch die machen ihren Job auch weiter nicht. Kleine Firmen ersticken an Kreditmangel, während die Banken stattdessen jetzt mit den Rettungspaketen spekulieren.

### Sie retten nur Banken und Spekulanten

Bei den Rettungspaketen für die Konzerne ist es nicht besser. Man nehme nur Opel: Mit 1,5 Milliarden Euro hilft der Staat schon jetzt, weitere Milliardenbürgschaften sollen folgen, falls Magna als Investor einsteigt. Doch selbst wenn dies passiert und Magna seine Anteile auch wirklich zahlt, bedeuten die Staatshilfen für die Opel-Arbeiter keinerlei Arbeitsplatzsicherheit. Im Gegenteil, sicher ist, dass min-

destens jeder 6. Arbeitsplatz bei Opel in Europa vernichtet werden soll!

Die Rettungspakete für Banken wie Konzerne retten wirklich nur eins: die



Gewinne und Vermögen der Großaktionäre und Spekulanten!

### Rettungspakete: eine Gefahr für die Bevölkerung

Für die Bevölkerung jedoch sind sie eine wirkliche Gefahr. Denn die Milliarden, die die Regierung verteilt, sind gar nicht vorhanden. Und wenn sie nicht wie in den USA einfach Geld druckt, dann muss die Regierung neue Schulden machen. Das heißt, sie nimmt weitere Kredite zu hohen Zinsen auf — genau bei den Banken und Spekulanten, denen sie mit den Rettungspaketen billige und sogar kostenlose Kredite und Bürgschaften geschenkt hat! Die profitieren also

direkt doppelt von den Rettungspaketen.

Doch für die einfache Bevölkerung bedeutet das alles mit größter Wahrscheinlichkeit Sparmaßnahmen bislang ungekannten Ausmaßes und die Gefahr einer Inflation in wenigen Jahren.

Rettungspläne, die ihren Namen verdienen, würden stattdessen den Opfern der Krise zugute kommen. Sie würden wirklich sichere Arbeitsplätze schaffen, die der gesamten Bevölkerung nutzen, zum Beispiel Arbeitsplätze in Kindergärten, Krankenhäusern und Altenheimen. Und sie würden zur Sicherung der Kaufkraft Renten, Löhne und Sozialleistungen deutlich erhöhen.

### Das Geld bei den Reichen holen !

Solche Rettungspläne für die Bevölkerung bräuchte man nicht durch neue Schulden zu bezahlen. Man muss das Geld dafür stattdessen da holen, wo es ist, bei den Reichsten der Reichen, den Verursachern der Krise. Die reichsten 10% der Bevölkerung besitzen alleine über 4.000 Milliarden Euro. Schon eine Steuer von nur 2% auf diese gigantischen Vermögen würde reichen, um unsere Rettungspläne zu finanzieren.

### DKP-Kinderferienfahrt findet wieder statt



Wie in jedem Jahr veranstaltet die DKP auch in den kommenden Sommerferien wieder ein Kinderferienlager in Frankreich.

Nur wenige Kilometer vom Ärmelkanal entfernt erleben die Kinder aus dem Essener Norden 14 tolle Tage mit Natur, Lagerfeuer, Baden im Meer und Freizeitpark. Und das für nur 215 Euro.

### Kinderfest der DKP in Vogelheim

am 27. Juni 2009

ab 14 Uhr

auf der Grünfläche Vogelheimerstr. / Kleinstr.

Für Kinder und ihre Eltern, mit Spielen und Limo, Kaffee und Kuchen!

### Aus dem Inhalt

**Seite 2:**  
Entlassungen und Kurzarbeit

**Seite 3:**  
Konjunkturpaket II in Essen

**Seite 5:**  
Kandidaten der Bürgerliste

**Seite 6:**  
Die DKP bei der Kommunalwahl 2009

## Die Krise in den Betrieben: Rettung für Gewinne und Dividenden

# Für die Beschäftigten Entlassungen und Kurzarbeit

Seit dem Beginn der Krise ist klar – die ganze Last der Krise soll auf die Arbeitenden abgewälzt werden. Kaum hat sie begonnen, haben die Unternehmen als erstes damit begonnen, die Leiharbeiter zu entlassen, die Zeitverträge auslaufen zu lassen und schließlich Festangestellte zu entlassen.

Dadurch haben seit November über 470.000 Menschen ihre Arbeit verloren. Hunderttausende, die jetzt vor dem Nichts stehen und nicht wissen, wie es weiter geht.

Und entgegen ihrer Beteuerungen ist auch die Kurzarbeit kein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Die ganzen großen Unternehmen, ob ThyssenKrupp oder Bosch, haben Kurzarbeit eingeführt und vernichten massenhaft Arbeitsplätze.

### Die Konzerne retten ihre Gewinne - auf Kosten der Löhne und Arbeitsplätze

Die Kurzarbeit dient den Unternehmen in Wahrheit dazu, die Arbeiter, die sie behalten, zu Lohnverlust und noch flexibleren Arbeitszeiten zu zwingen.

Denn mit dem jüngsten Gesetz der Regierung ist die Kurzarbeit für die Unternehmen komplett kostenlos. Stattdessen bezahlen die Kurzarbeit die bislang über 2 Millionen be-

troffenen Beschäftigten mit bis zu mehreren hundert Euro Lohnverlust und alle Arbeitenden mit ihren Arbeitslosenbeiträgen.

Darüber hinaus erhalten die Firmen mit der Kurzarbeit Arbeiter auf Abruf zum Nulltarif: Sie dürfen die Arbeiter heute nach Hause schicken und morgen herbei zitieren, ohne dass diese auch nur zwei Tage vorher Bescheid wissen; ganz wie der Betrieb es braucht, um seine Gewinne am laufen zu halten.

So sind beide - Entlassungen und Kurzarbeit - eine Möglichkeit für die Unternehmen, die Folgen der Krise auf die Arbeiter ab-

zuwälzen und ihre Gewinne zu retten.

### Es gibt eine Alternative zu Entlassungen und Kurzarbeit

Anders als sie behaupten, gibt es sehr wohl eine Alternative zu Entlassungen und Kurzarbeit in der Krise. Die großen Unternehmen haben in den letzten Jahren Milliardengewinne gemacht und den größten Teil hiervon als Dividenden an ihre Aktionäre ausgezahlt. In den Firmenkassen und bei den Aktionären könnte man ohne weiteres das Geld holen, um heute in der Krise die Löhne und Arbeitsplätze aller Arbeitenden zu erhalten.

## Osteuropa: Vom angeblichen Traum des Wirtschaftswunders

# Zum Alptraum der Wirtschaftskrise

Seit Jahren erzählt man uns vom Wirtschaftswunder in Osteuropa. Doch dieser angeblich traumhafte Aufschwung, von dem die Mehrheit der Bevölkerung dort nie etwas gesehen hat, hat sich mit der Wirtschaftskrise in einen Alptraum verwandelt.

In rasanter Geschwindigkeit steigt die Zahl der Entlassungen. Gleichzeitig frisst eine massive Inflation von 20-40% in mehreren osteuropäischen Ländern die ohnehin mickrigen Löhne, Renten und Sozialleistungen auf.

Viele Menschen haben außerdem Kredite bei westeuropäischen Banken, deren Zinsen sie in Euro zahlen müssen. Weil sie aber ihre Löhne in der Landeswährung erhalten und die nur noch die Hälfte wert ist, brechen viele Fa-



**Inflation und Entlassungen verschärfen die Armut in Osteuropa seit Monaten. Hier: Eine alte Frau bettelt um Almosen.**

milien unter der ungeheuren Zinslast zusammen.

### Drohender Staatsbankrott

Der Bankrott schwebt nicht nur über viele Familien, sondern auch über mehreren osteuropäischen Staaten. Wie alle Staaten sind auch sie hoch verschuldet, und zwar bei westeuropäi-

schen Banken. Die haben jedoch mit Beginn der Krise ihre Gelder aus Osteuropa abgezogen und weigern sich, weitere Kredite an die Staaten zu vergeben.

Wären an ihrer Stelle nicht in letzter Sekunde der Internationale Währungsfonds (IWF) und die EU mit Krediten eingesprungen, wären die Staaten von Ungarn, Rumänien und Lettland heute bankrott.

Doch für diese Kredite verlangen IWF und EU ungeheure Sparmaßnahmen: drastische Einschnitte bei den Renten, bei Familienbeihilfen, im Öffentlichen Dienst.

Die Krise schlägt auf die Bevölkerungen bereits ein mit nach oben schnellender Arbeitslosigkeit und mit Löhnen und Renten, die

durch die Inflation zusammenschmelzen. Jetzt müssen sie dazu noch den staatlichen Frontalangriff von bislang ungekanntem Ausmaß auf alle öffentlichen und sozialen Hilfen und Einrichtungen ertragen.

### Die Arbeiter aller Länder sind die Opfer der Krise

Die Krise zeigt einmal mehr, dass die Arbeitenden auf der ganzen Welt die Opfer der Profitgier der Kapitalisten sind. Überall sind sie heute das Opfer von Lohnkürzungen, Entlassungen, Elend.

Und überall hat die einfache Bevölkerung nur eine Möglichkeit, diesem Los zu entgehen. Sie muss sich gegen ihren wahren, gemeinsamen Feind zur Wehr setzen: gegen die großen Banken, Konzerne und ihre Regierungen, die weltweit versuchen, die Arbeitenden an die Wand zu drücken.

## Was Oberbürgermeister Reiniger nebenbei verdient

### So ein OB hats schwer

Als Oberbürgermeister erhält man schon ein ordentliches Gehalt. Doch daneben sitzt der Essener OB auch noch in einigen Aufsichtsräten, zum Beispiel bei RWE. Er sitzt in diesem Aufsichtsrat, weil die Stadt Anteile an der RWE besitzt. Eigentlich sitzt er also als Vertreter der Essener Bevölkerung dort, und es wäre nur selbstverständlich, dass die Essener Bevölkerung damit auch Rechenschaft von ihm verlangen kann.

Von wegen! Nur im „nicht öffentlichen Teil der Rats-sitzung“, unter Ausschluss der Öffentlichkeit also, wird zum Beispiel darüber berichtet, wie viel er als Aufsichtsratsmitglied denn so verdient.

Man munkelt jedoch, dass er 2008 rund 170.000 Euro erhalten hat. Den Großteil davon (rund 140.000 €) führt er wohl an die Stadtkasse ab. Doch die restlichen rund 30.000 Euro behält er selber – einfach nur dafür, dass er seine

Arbeit als städtischer Vertreter macht, für die er schließlich auch schon ein gutes Gehalt bekommt.

Doch selbst die übrigen 140.000 Euro führt er im Moment nur „unter Vorbehalt“ ab. Vielleicht muss die Stadt ihm die zurück zahlen. Denn der Neusser Bür-



Neusser OB  
Herbert Napp will  
städtisches Geld  
behalten

germeister klagt derzeit: Er möchte die gesamten Aufsichtsratsbezüge für sich alleine behalten. Kommt das Urteil durch, dann steht es auch OB Reiniger frei, die 140.000 Euro auf sein persönliches Konto fließen zu lassen, statt in die öffentlichen Kassen.

Sein Neusser „Kollege“ rechtfertigt seine Klage damit, dass er ja nicht nur bei RWE im Aufsichtsrat säße, weil er Bürgermeister von Neuss sei, sondern weil er so intelligent und gewitzt sei.

In einem sind er und seine Kollegen mit Sicherheit gewitzt: Wenn es darum geht, öffentliches Geld in ihre privaten Taschen umzuleiten.

## Aus dem Rat Kurz & Knapp

DKP protestiert:

### Kommunalwahl wird zum Millionengrab

DKP Ratsherr Patrik Köbele ist empört: Rund 40 Millionen extra aus dem Landeshaushalt lässt es sich die CDU/FDP-Landesregierung kosten, um die Kommunalwahl am 30. August durchzuführen. Hätte man die Kommunalwahlen mit der Bundestagswahl im September zusammen gelegt, wären diese Kosten entfallen.

Köbele erklärte: „CDU und FDP haben diesen Termin aus einem einzigen Grund gewählt: Sie befürchten, dass sie aufgrund der höheren Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen, die in der Regel Linkswähler zu den Urnen führt, auch im kommunalen Bereich schlechter abschneiden würden, als wenn die Kommunalwahl gesondert stattfindet.“

## Konjunkturpaket II in Essen

### Milliarden für die Menschen, nicht für Banken und Konzerne!

Vor wenigen Monaten titelte die Zeitaufnahme: „Die Pleite der Kommunen ist gewollt“. Im Rat sagte der DKP-Ratsherr Patrik Köbele dazu: „Die Kommunen sind in den Händen der Erpresserbanden von Bund und Land, die im Auftrag der Banken und Konzerne die Menschen ausnehmen, indem sie die Kommunen ausbluten.“

Und nun 70,1 Millionen aus dem Konjunkturprogramm II für Essen. Lagen die Kommunisten also falsch? Leider nicht!

Mittlerweile sind so zwischen 700 und 800 Milliarden Euro als Bürgschaften oder Finanzspritzen an die Banken und Konzerne gegeben worden. Täglich werden es mehr. Hunderte Unternehmen haben Schutzschirme beantragt. Opel und Arcandor (Karstadt) wollen ihre Miesen vergesellschaften.

Neue Worte werden gebildet. „Bad Bank“ heißt, die

Steuerzahler bekommen die faulen Kredite der Banken und das Risiko, die Banken behalten die in der Vergangenheit erwirtschafteten Gewinne.

Aber 70 Millionen für Essen sind doch trotzdem schön!?! Klar, auch Brotkrümel sind schön. Nur was darf damit gemacht werden?

**Beispiel Bildung:** Tausende Lehrer fehlen, zigtausende Stunden fallen aus, Lernmittelfreiheit gibt es nicht – Konjunkturpaket? Fehlanzeige! Investiert werden darf nur in Ge-

bäude, denn schließlich ist das Ziel des Konjunkturpakets ja nicht, bessere Bedingungen in den Schulen zu schaffen, sondern Aufträge für die Baufirmen.

#### Beispiel Sport:

Investiert werden soll in die Sportanlage Bockmühle: Schön! Aber warum? Damit man die Sportanlage Serlotstraße schneller zumachen kann. Investiert werden soll in die Sportanlage Seumannstraße, Kosten, die eigentlich zum RWE-Stadion gehören, denn die Seumannstraße soll das neue Trainingsgelände sein.

Die Umkleiden in der Bäuminghausstraße bleiben so, „dass man nach dem Duschen die Badeschlappen am besten verbrennt“ – Zitat eines SPD-Ratsherren, der allerdings

dann trotzdem allem zustimmte.

#### Was zeigt uns das alles:

- Geld ist genug da – Banken und Konzerne bekommen es sofort
- Selbst wo das Geld wie beim Konjunkturpaket angeblich den Menschen zugute kommen soll, ist es wieder nur ein Geschenk an die Wirtschaft
- Die einfache Bevölkerung wird von denen freiwillig keine Geschenke bekommen – wir werden uns das Geld wohl holen müssen.

Die größten Feinde des Sozialismus sind bereit zu sozialisieren, zu verstaatlichen, wenn es um die Verluste der Banken und Konzerne geht... warum nicht auch die Gewinne?

**Bürgerliste:**

## Ja zu mehr Lärmschutz an der A42! Nein zur Parkautobahn!

Gut 42 Millionen Euro will das Land ausgeben, um die A42 in eine sogenannte „Park“autobahn zu verwandeln. Unter Park verstehen die Macher dieser Idee aber nicht „parken“ sondern tatsächlich einen Park, in diesem Falle einen In-

dustrie und Kulturpark, durch den sich die A42 windet. Um der Absurdität dieser Idee besonderen Ausdruck zu verleihen, vergleicht man das ganze auch noch mit dem Park von Sanssouci.

Damit die Fahrer der vorbeifahrenden Fahrzeuge einen freien Blick auf die Bramme auf der Schurenbachhalde und andere „sehenswerte“ Dinge bekommen, will man in die vorhandenen und größtenteils unzureichenden Lärmschutzwände Lö-

cher reißen. Auch das „störende“ Grün entlang der Bahn, das eine zusätzliche Lärm- und Staubschutzfunktion ausübt, ist bereits beseitigt worden.



Das hat schon jetzt mehr Lärm für die Anwohner gebracht. Die geplanten neu-

en Lücken in der Lärmschutzwand, ergänzt wahrscheinlich noch um Hinweisschilder, werden darüber hinaus die Unfallgefahr auf der A42 erhöhen, da sie die Fahrer ablenken. Doch im Interesse der vermeintlichen Kunst ist wohl alles erlaubt.

### Lärmschutz jetzt

Viele Menschen an der A42 haben die Nase voll. Sie wollen, nicht mehr, sondern weniger Lärm. Sie wollen, dass es endlich wirkungsvollen Lärmschutz entlang der A42 gibt. Dies haben sie in einer Vielzahl von Anträgen, Bürgerversammlungen und Aktionen gefordert. Deshalb

diskutierten sie dies in einer Versammlung der Bürgerliste Nord am 9. Juni im evangl. Gemeindehaus an der Karl-Denkahus-Straße. Sie waren sich einig, dass die Parkautobahn gestoppt werden muss und das Geld stattdessen für den Lärmschutz im Interesse der Menschen, die an der A42 wohnen, eingesetzt werden muss.

### Die Bürgerliste fordert entsprechend:

- Verbesserung und Bau neuer Lärmschutzwände entlang der gesamten Trasse der A42 im Essener Norden
- Aufbringung von Flüsterasphalt
- Tempo 80 zwischen 22:00 und 6:00 Uhr zur Lärmreduzierung
- Stoppt die Parkautobahn!

**Bürgerliste:**

## Emscher-Kanalpark statt Marina

Alle bis auf die Bürgerliste Nord und die DKP träumen in Bezirksvertretung und Rat vom Ibiza im Essener Norden, der Marina.

Was da geplant wird, ist ein, wenn auch unrealistisches Ghetto für einige Wenige, die sich einen Motorbootsanleger am Kanal leisten können. Den Plänen scheint derzeit aber nicht in den Sinn zu kommen, dass Besitzer schicker Motorjachten nicht

viel Spaß daran haben, mit 6 km/h über den Kanal zu schippern und sich mit Blick auf die angrenzende Industrie auf dem Anlieger zu sonnen.

**Sicher ist, die Stadtkasse geht baden!**

Über solche Kleinigkeiten

denkt mit Ausnahme der Bürgerliste und der Fraktion die Linke/DKP/AUF auch in Rat und Bezirksvertretung keiner nach. Angeblich kostet die Marina die Stadt kein Geld, dennoch hat man bereits schlappe 600.000 Euro für Vorarbeiten bereit gestellt. Dass der Bereich entlang der Nordsternstraße nicht gerade zu den schönsten Seiten im Essener Norden

gehört, weiß jedes Kind. Dies könnte, so die Bürgerliste Nord auch durch einen mit wenigen einfachen Mitteln zu schaffenden Kanalpark zwischen Zweigertbrücke und Schurenbachhalde unter Einbeziehung des Emscherparks geschehen.

Hier könnten

- Rudersport angesiedelt,
- ein attraktiver Wander- und Radweg geschaffen,
- ein Kanalstrandbad gebaut,
- gepflegte Grill- und Liegeflächen angelegt werden.

Viele normale Dinge, die den Menschen im Essener Norden seit langem fehlen. Und die - denkt man an die Diskussionen um die Revierparkbäder - demnächst vielleicht noch mehr fehlen werden.



**Kommunalwahl**

# Bürgerliste stellt Kandidaten auf

In ihrer Mitgliederversammlung am 8. Juni hat die Bürgerliste Nord ihr Programm zu den Kommunalwahlen 2009 beschlossen. Im Kern des Programms steht der Kampf gegen die zunehmende (Kinder-)armut im Essener Norden, gegen die Pläne, die A42 zur „Parkautobahn“ umzuwandeln und für die Schaffung eines Strandbades am Kanal im Rahmen eines Emscher-Kanal-Parks.

**Als Kandidaten für die Bezirksvertretung V wählte sie:**

- Bernhard Derks
- Jürgen Beese
- Heike Janke-Bornschein
- Ute Beese
- Petra Kemberg
- Julijan Tajnsek
- Bodo Urbat

**Als Kandidaten für die Bezirksvertretung VI wählte sie:**

- Günter Neumann
- Patrik Köbele (Ratsherr der DKP)
- Camilla Horch
- Jutta Markowski
- Wilfried Heimann

In beiden Bezirksvertretungen führen parteilose Kandidaten die Listen an. Zugunsten der Bürgerliste Nord werden sowohl die DKP als auch das Bündnis „Essen steht auf“ auf eine eigene Kandidatur zu den Bezirksvertretungen verzichten.

**Anträge der Bürgerliste**

## Der Crash ist vorprogrammiert

**Erst waren die Schrottpreise explodiert und hatten den Handel damit angeheizt. Jetzt, wo sie wieder gesunken sind, stehen die LKWs, mit denen der Schrott geholt wird, oft tagelang in den Wohngebieten herum.**

Einige Anwohner fühlten sich bereits beeinträchtigt und genervt. Nun jedoch stehen die LKWs auch vermehrt an Hauptverkehrsstraßen, wie der Altenessener. Zum

Beispiel auf Höhe der Aral-Tankstelle am Stauderkreisel. Dort behindern die LKWs der Schrottsammler aber massiv die Sicht für aus

der Tankstelle ausfahrende Autos. Diese können die aus der Stadtmitte kommenden Fahrzeuge nicht mehr rechtzeitig sehen, so dass Beinaheunfälle an der Tagesordnung sind.

Die Bürgerliste beantragte deshalb in der Bezirksvertretung die Einrichtung eines Halteverbots für Fahrzeuge größer 2,8 Tonnen.

### Schilda in der Backwinkelstraße

Sie staunten nicht schlecht, die Anwohner der Backwinkelstraße. Da bekamen sie einen neuen Radweg und aufgemalte Parkplätze. Ob sie beides wollten, wurden sie nicht wirklich gefragt – zahlen aber sollen sie dafür, nach dem KAG (Kommunalen Abgabengesetz).

Die Überraschung: Alles war fertig, nur kamen sie nun nicht mehr mit den Autos in die Garagen und Einfahrten, denn die neuen Auffahrten waren zu hoch, die Autos setzten auf. Nach einigem Hin und Her wurden die Steine ausgetauscht. Nur - wer trägt jetzt die Kosten dafür?

Das war sowieso schon ein Chaos: Erst hieß es, eine Kostenbeteiligung der Anlieger sei gar nicht vorgesehen. Dann hieß es in der Ratssitzung auf einmal, sie sollten jetzt doch zahlen. Doch wie hoch der Anteil ist, darüber fehlt den Anwohnern bis heute jede Information. Und jetzt droht ihnen auch noch ein Anteil an den Reparaturkosten für die fehlerhaften Bauarbeiten! Sollten Kostenbescheide ergehen, empfiehlt die DKP eine rechtliche Prüfung.

# Kaiserparkfest der Bürgerliste Nord



**15. und 16. August 2009**

**Live-Musik, unter anderem mit:  
Elvis, Bogestra Band,  
Danny Bach**

**Flohmarkt      Kinderfest  
Politik            und vieles mehr...**



## Kommunalwahl: Einige Direktkandidaten der DKP im Essener Norden

### Den Ratssaal zur Tribüne sozialer Interessen machen!



Wahlkreis 24 Altenessen-Süd

**Siw Mammitzsch**  
Dipl.-Sozialwissenschaftlerin  
Alter: 32



Wahlkreis 25 Altenessen/Mitte

**Jürgen Beese**  
IT-Berater  
Alter: 53



Wahlkreis 26 Karnap/Altenessen

**Julijan Tajnsek**  
Betriebswirt EDV  
Alter: 59



Wahlkreis 29 Stoppenberg

**Patrik Köbele**  
IT-Berater  
Ratsherr der DKP  
Alter: 47



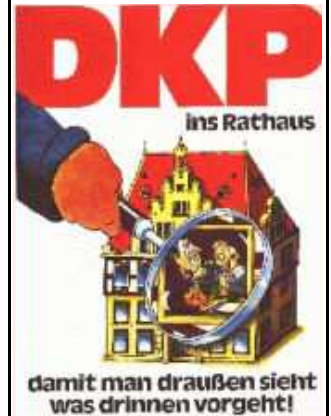
Wahlkreis 30 Schonnebeck

**Jutta Markowski**  
Ergotherapeutin  
Alter: 44

Wahlkreis 23 Vogelheim/Altenessen  
Wahlkreis 27 Katernberg/Nord  
Wahlkreis 28 Katernberg/Süd

**Helmut Freytag** Rentner, Alter: 77  
**Inge Thoma** Rentnerin, Alter: 78  
**Petra Leonartz** Studienrätin a.D. Alter: 54

### Kommunale Eckpunkte der DKP Essen



Die DKP steht für ein gläsernes Rathaus und gläserne Taschen der Ratsmitglieder.

Die DKP macht Mausechelen öffentlich, damit man draußen sieht, was im Rathaus vorgeht.

Die DKP steht für eine Bildungspolitik, die allen Kindern und Jugendlichen eine Zukunft garantiert. Für ein einheitliches Bildungssystem ab dem Kindergartenalter.

Die DKP steht für ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen in unserer Stadt, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht und Sexualität

Die DKP steht für eine gesunde Umwelt.

Die DKP ist Opposition gegen eine Politik im Interesse der Konzerne.

Die DKP ist Opposition gegen Armut, Kürzungen und Privatisierung.

Die DKP ist Opposition gegen Schaufensterprojekte und Millionengräber.

Die DKP ist Opposition gegen verhängnisvolle Stadt- und Verkehrsplanung.

Die DKP ist für Opposition der Stadt Essen gegen die Rüstungs- und Kriegspolitik der Bundesregierung.